



Pressemitteilung vom 07.05.2014

Ihr Ansprechpartner:
Ingo Schneider, Pressesprecher
ingo.schneider@landtag.nrw.de
Telefon: 0211 884-4613
Fax: 0211 884-3723

Seite 1 von 5

Für eine moderne Hochschullandschaft in NRW: Piraten legen eigenen Gesetzentwurf zum Wissenschaftsgesetz vor.

Auf 95 Seiten präsentieren die Piraten im Landtag NRW einen Gesetzentwurf, der die Hochschullandschaft reformieren soll. Vier Schwerpunkte sind enthalten:

- 1. Transparenz**
- 2. Demokratie und Selbstverwaltung**
- 3. Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes Hochschule**
- 4. Open Access**

Dr. Joachim Paul, Vorsitzender und Hochschulpolitischer Sprecher der Piratenfraktion im Landtag NRW:

„Wir wollen endlich wieder die Wissenschaftler in den Fokus der Betrachtung stellen. Während SPD/Grüne mit ihrem sog. Hochschulzukunftsgesetz ausschließlich auf Bevormundung setzen und sich CDU/FDP darauf beschränken, sich aufzuregen, gehen wir mit unserem Wissenschaftsgesetz auf die modernen Zeiten konkret ein. Die Rektorengelälter, finanziert durch Steuergelder, dürfen nicht länger intransparent geregelt werden. Wenn Unternehmen an Hochschulen forschen, also öffentlich finanzierte Infrastruktur nutzen, muss dies für den Bürger nachvollziehbar gemacht werden. Hochschulräte sind weder demokratisch legitimiert, noch haben sie das nötige Know-how. Sie sind ersatzlos aufzulösen, vielmehr muss der Senat einer Hochschule das höchste beschlussfassende Gremium sein. Die Mitarbeiter einer Hochschule müssen in den Landesdienst zurückgeholt werden. Eine Hire and Fire Mentalität schließen wir für Wissenschaftler kategorisch aus. Wer mit öffentlichen Geldern forscht, soll die Erkenntnisse dem Bürger zur Verfügung stellen: Open Access ist für uns die zentrale Forderung, um dem Bürger zu zeigen, was an „seiner Hochschule“ passiert. Wir sind erst in einer modernen Informations- und Wissensgesellschaft angekommen, wenn Studierende die Möglichkeit haben, an jedem Ort zu jeder Zeit Materialien abzurufen und Online Vorlesungen zu hören.“

Wir setzen auf einen fairen parlamentarischen Umgang mit unserem Gesetzentwurf und fordern die anderen Fraktionen auf, sich intensiv mit unserem Werk auseinanderzusetzen. Parteitaktisches ist in Bezug auf die Zukunft der Hochschulen in NRW definitiv fehl am Platz.“



**Redetext von Dr. Joachim Paul, Vorsitzender und Hochschulpolitischer Sprecher
der Piratenfraktion im Landtag NRW.**

- Es gilt das gesprochene Wort -

[Anrede]

Sie werden sich sicherlich wundern, warum wir als Piraten hier im Landtag NRW einen eigenen Gesetzentwurf für die Hochschulen vorlegen und uns nicht an dem sogenannten Hochschulzukunftsgesetz der Landesregierung abarbeiten. Nun, wir sind mit der Ausgestaltung des Gesetzentwurfes in großen Teilen höchst unzufrieden. Die versprochene Transparenz und die Demokratisierung der Hochschulen werden nur ungenügend vorangetrieben, auch aufgrund des Einknickens der Ministerin vor den lauten Hochschulrektoren und ihren Hochschulräten aus der Wirtschaft. Das nun vorliegende Wissenschaftsgesetz NRW ist die Folge aus der Situation, in der wir Piraten uns in der Frage der Hochschulpolitik seit unserem Einzug in den Landtag befinden. Die „Kalte-Krieg-Rhetorik“ von CDU und FDP und der Versuch der Bevormundung der SPD und Grünen zwingen uns dazu, einen dritten Weg zu beschreiben. Der Spagat zwischen Wissenschaftsautonomie und der Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre durch das Grundgesetz auf der einen Seite und dem modernen Wissensmanagement auf der anderen Seite liegt nun 95 Seiten stark auf dem Tisch.

Wir Piraten verweigern uns nicht der Diskussion über die Hochschulen und spielen hier auch nicht Fundamentalopposition für die Lobby der Hochschulräte, sondern wollen endlich wieder die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, also auch die Studierenden in den Fokus der Betrachtung stellen.

Das Wissenschaftsgesetz NRW steht auf vier Säulen, die aus unserer Sicht für das Vorankommen der Hochschulen von Nöten ist.



Unsere erste Säule ist Transparenz.

Wie Sie ja wochenlang berichtet haben, war es unsere Kleine Anfrage zu den Rektorengehältern, die die Gemüter erhitzt hat. Wir verstehen die ganze Aufregung nur bedingt, wenn Parlamentarier, als Anwälte der Steuerzahler, wissen möchten, was mit Ihren Geldern passiert, die nötige Transparenz einfordern. Deshalb haben wir in unserem Gesetzentwurf den Passus der Veröffentlichung der Gehälter wieder verstärkt. Niemand kann erklären, warum die Gehälter von Gymnasialrektoren öffentlich sind, Hochschulleitungen aber unter der Decke bleiben. Wo wir gerade bei der Transparenz sind, findet man bei der Drittmittelforschung auch eine Veröffentlichungspflicht der vertraglichen Bindungen. Wenn Unternehmen an Hochschulen forschen, also öffentlich finanzierte Infrastruktur nutzen, ist dies aus unserer Sicht öffentlich zu machen. Im Fall der Kooperation zwischen der Universität Köln und der Bayer AG sind ja bereits seit Jahren Verfahren anhängig, die eine Veröffentlichung der Kooperationsverträge zum Gegenstand haben. Transparenz schafft hier Vertrauen, denn wer tuschelt und sich in Hinterzimmern verkriecht, der produziert Misstrauen. Das schadet dem Wissenschaftsstandort NRW gewaltig.

Die zweite Säule heißt für uns Demokratie und Selbstverwaltung.

Diese wurde durch das Hochschulfreiheitsgesetz der schwarz/gelben Landesregierung von Wissenschaftsminister Pinkwart mit Füßen getreten. Wir haben in unserem Gesetzentwurf die Frage der Hochschulgremien aufgenommen und bleiben als einzige Fraktion im Landtag dabei, dass die Hochschulräte nicht gebraucht werden. Die Hochschulräte sind weder demokratisch legitimiert, noch haben sie das nötige Know-how, um über Wissenschaft zu befinden. Das höchste beschlussfassende Gremium an einer Hochschule muss zwingend im Binnenverhältnis der Senat sein. Und wo sonst, als an Hochschulen, kann Demokratie vorgelebt werden? Wir wollen die Senate viertelparitätisch besetzen, denn jede Gruppe an der Hochschule ist uns gleich wichtig. Auch ist der Regierungsentwurf hier wieder hinter den Erwartungen einiger Gruppen geblieben. Es bedarf einer gesetzlichen Regelung der Gremien und nicht des Verweises, dass die Hochschulen dies in Ihren Grundordnungen festschreiben können. Wer sich nur halbwegs mit der Hochschulverfassung auskennt, wird erkennen, dass die Mehrheiten in den Gremien mit Sicherheit kein Interesse an solchen Regelungen haben. Demokratie tut halt manchmal auch weh.



Die dritte Säule lautet „Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes Hochschule“.

Wir haben recherchiert und sind bei der Betrachtung der Hochschulgesetze der anderen Bundesländer auf überwiegende Regelungen in Bezug auf das Hochschulpersonal getroffen. Das Hochschulpersonal ist Landespersonal. Und das wollen wir auch in NRW wieder und nehmen dort auch gerne die Anregungen der Landespersonalräte auf. Warum die SPD dort nicht ran will, ist uns schleierhaft. Stattdessen soll es einen Kodex „Gute Arbeit“ geben. Mehr als ein Placebo ist das nicht und öffnet weiterhin den sachgrundlosen Befristungen (bis zu 80% an Hochschulen) Tür und Tor. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf Bundesebene können wir leider nicht novellieren, aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Rückholung in den Landesdienst vor dieser Hire and Fire Mentalität bewahren.

Das kostet das Land auch nicht mehr, denn das Geld für Personal wird ja bisher intransparent in einen großen Sack namens Globalhaushalte gesteckt und verausgabt. Die aktuelle Situation ist für die Motivation des Hochschulpersonals äußerst unbefriedigend, wie Studien der Gewerkschaften und von Stiftungen belegen. Natürlich sind Angestellte im Hochschulbetrieb freier in ihrem Arbeiten, aber innovativ werden sie erst, wenn sie sich nicht fortdauernd um ihr Arbeitsverhältnis sorgen müssen.

Und abschließend haben wir durch den Artikel des Hochschulnetzwerkgesetzes neue moderne Aspekte in die Debatte eingebracht. Denn das ist unsere vierte Säule.

Open Access, also die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen im Netz und die Elemente des Massive Open Online Courses (MOOCs) sind Motoren der Innovation und fördern die Teilhabe an Bildung immens. Wenn Studierende die Möglichkeit haben, an jedem Ort zu jeder Zeit Materialien abzurufen und Online Vorlesungen zu hören, dann sind wir angekommen in der modernen Informations- und Wissensgesellschaft. Dieses wird von den anderen Fraktionen völlig ignoriert und auch die Landesregierung hält es nicht für nötig, auf diesem Feld aktiv zu werden, obwohl es bei der außeruniversitären Spitzenforschung wie Helmholtz oder Fraunhofer längst zum Standard gehört.

Gleichzeitig erhören wir endlich den Ruf der Fachhochschulen, die forschungsstark sind, dass auch Ihnen das Promotionsrecht gegeben werden kann. Wir schlagen deshalb vor, dass Fachbereiche und Institute nach dem Nachweis von dreijähriger



Forschung- und Publikationstätigkeit das Promotionsrecht beantragen können. Eine Fachkommission soll dann über diesen Antrag entscheiden.

Neu ist auch, dass die Kluft zwischen Fachhochschulen und Universitäten aufgebrochen werden soll und dass die Hochschulen angewiesen werden, interdisziplinäre Netzwerke zu bilden. Gleiches gilt für den Übergang von Bachelor zum Master zwischen den Hochschultypen für die Studierenden. Wenn man Bildungshürden abbauen will, wie SPD und Grüne ja immer vollmundig versprechen, dann muss man im Konkreten ansetzen.

Es bleibt festzuhalten:

Der Gesetzentwurf der Landesregierung hat mit Hochschulzukunft sehr wenig zu tun. Es ist das vielzitierte Hochschulfreiheitsabwicklungsgesetz. Elemente wie Rahmenvorgaben und Landeshochschulentwicklungspläne lehnen wir ab.

Anstatt aber wie CDU und FDP sich nur wie Rumpelstilzchen aufzuregen, haben wir mit dem Wissenschaftsgesetz NRW den dritten Weg vorgelegt. Wir sind uns sicher, dass die vier Säulen aus Transparenz, Demokratie und Stärkung der Selbstverwaltung, Rückholung des Personals in den Landesdienst und neue moderne Elemente, wie Open Access und MOOCs, die Innovationskraft der Hochschulen optimal ergänzen.

Hochschule ist immer Ort der Wissenschaft und nicht Wissenschaft selber, deswegen setzen wir den Fokus auf die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anstatt auf Steuerungsmodelle, die schon zur Zeit ihrer Einführung nicht mehr up to date waren.

Vielen Dank!